

R

REGION

Kurznachrichten

Mehr unter suedostschweiz.ch/miniregion

ST. MORITZ

Klares Ja der Bevölkerung zum St. Moritzer Budget

Der Steuerfuss in St. Moritz bleibt wie bisher bei 60 Prozent der einfachen Kantonssteuer. Das hat das Stimmvolk gestern mit 521:15 Stimmen beschlossen. Auch dem Budget der Gemeinde für das kommende Jahr haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger deutlich mit 476:50 Stimmen zugestimmt. Die Investitionsrechnung wurde mit 449:66 Stimmen genehmigt. Ja sagte die Bevölkerung auch zum Budget von St. Moritz Energie und zum Steuersatz für die Liegenschaftsteuer. (red)

SILVAPLANA

Silvaplana fördert seine Wirtschaft nach neuen Regeln

Silvaplana erhält ein neues Gesetz zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Stimmbewölkerung hat dem Gesetz gestern an der Urne mit 111:28 Stimmen zugestimmt. Auch das Budget für das kommende Jahr wurde mit 142:118 Stimmen genehmigt. Der Steuerfuss in Silvaplana bleibt bei 62 Prozent der einfachen Kantonssteuer. Die Beschlüsse wurden an der Urne gefasst, weil die Gemeinde wegen Covid-19 auf eine Gemeindeversammlung verzichtet hatte. (red)

CHUR

Bald haben die Regionen mehr Handlungsspielraum

Ab den 1. Januar steht das Regionalmanagement in Graubünden auf neuen Füßen. Auf diesen Zeitpunkt hin treten das teilrevidierte Wirtschaftsentwicklungsgesetz und eine entsprechende Verordnung in Kraft, wie die Standeskanzlei schreibt. Neu beteiligten sich die Regionen an der Finanzierung der Regionalentwicklungsstellen; der Kanton unterstützt die Regionen mit einem Sockelbeitrag für den Betrieb und maximal 50 Prozent der Personalkosten. Dadurch erhalten die Regionen mehr Flexibilität, aber auch mehr Verantwortung. (red)

CHUR

Die Digitalisierungsoffensive kann offiziell beginnen

Mit dem Beginn des neuen Jahres tritt das Gesetz zur Förderung der digitalen Transformation in Graubünden in Kraft. Gleichzeitig erlässt die Regierung eine auf dem Gesetz basierende Verordnung. Beides macht den Weg frei, um einen Kredit von 40 Millionen Franken für die Digitalisierung zu bilden und zu regeln, wie Gelder aus diesem Kredit beansprucht werden können. Gefördert werden sollen nur echte Transformationsprojekte, wie die Regierung in einer Mitteilung schreibt. (red)

SEEWIS/SCHIERS

Bei Prättigauer Gottesdiensten live zuhause mitfeiern

Wegen der Massnahmen gegen die Ausbreitung von Covid-19 können dieses Jahr an Heiligabend und am Weihnachtstag nur Menschen, welche im Vorfeld einen Sitzplatz reserviert haben, an den Gottesdiensten der Katholischen Pfarrei Vorder- und Mittelprättigau teilnehmen. Karten können im Internet unter www.kath-vmp.ch reserviert werden. Unter der gleichen Adresse werden die Gottesdienste von Heiligabend um 22 Uhr aus Seewis-Pardisla und vom Weihnachtstag um 10 Uhr aus Schiers als Live-Stream gezeigt. Das schreibt die Pfarrei in einer Medienmitteilung. (red)

Gastronomen sprechen von «staatlicher Teilenteignung»

Mit Mahnfeuern fordert die Gastrobranche Bund, Kanton und die Stadt auf, ihr über die schwierige Zeit hinweg zu helfen. Bars und Restaurants kämpfen ums Überleben.

von Dario Morandi

Die Flammen in den Feuerschalen vor den Bars und Restaurants im Churer Welschdörfli sind nicht als Wärmespender, sondern als eine Art Mahnfeuer zu verstehen. Mit dieser Aktion wollen die Gastronomen an diesem Donnerstagabend ein Zeichen setzen und damit auf Existenzängste hinweisen, die sich nach der Schliessung von Gaststätten wegen der Covid-19-Pandemie in den Reihen der Wirtinnen und Wirte breitmachen. Gleichzeitig sei die Aktion auch als Innehalten und als Solidaritätsgeste für all jene allen Menschen zu verstehen, die wegen der Pandemie Leid erfahren hätten, betont Marc Tischhauser vor den Medien.

«Nicht aus eigener Kraft»

Im gleichen Atemzug stellt der Geschäftsführer des Dachverbandes Gastro Graubünden fest, «dass die Branche brennt». Sie könne wegen der behördlich angeordneten Stilllegung von Lokalen die Einnahmenverluste nicht mehr aus eigener Kraft stemmen. «Was wir jetzt brauchen, ist die Unterstützung des Staates», so Tischhauser. Die Gastronomie wehre sich nicht gegen einen weiteren Lockdown. Aber sie wolle entschädigt werden. «Und zwar nicht mit Überbrückungskrediten, sondern mit à-fonds-perdu-Beiträgen».

«Die Hausaufgaben machen»

Genau so sehen es die Direktbetroffenen. «Die Behörden haben uns die Möglichkeit genommen, unserer Arbeit nachzugehen», stellt Thomas Schmid, Inhaber des Hotels «Chur», mit sichtlicher Verärgerung fest. Deshalb sei es an der Zeit, «dass der Staat seine Hausaufgaben macht». Er stehe jetzt in der Verantwortung. «Wir haben unsere im Zusammenhang mit der Pandemie längst wahrgenommen».

Eine Umsatzeinbusse von bis zu 90 Prozent registriert Roland Alder. Der Besitzer der «High-Five»-Bar und des Nachtclubs «Ocotopussy» spricht im Zusammenhang mit den Massnahmen gegen Covid-19 gar von einer «Teilenteignung durch den Staat». Alder: «Das Gastgewerbe will und kann die Lasten durch Corona nicht alleine tragen.» Zwar kann Alder bis zu einem gewissen Grad nachvoll-



«Die Branche brennt»: Der Churer Nachtgastro-Unternehmer Roland Alder (links) sowie Irene Capaul Zahnd und Roland Dick, die Pächter des Speiserestaurants «Zollhaus», machen sich Sorgen um die Zukunft ihrer Lokale. Bilder Olivia Item-Aebli



«Die Behörden haben uns die Möglichkeit genommen, unserer Arbeit nachzugehen.»

Thomas Schmid
Churer Hotelier

ziehen, dass die Behörden handeln müssen. Dass die Gastronomie aber als alleiniger Sündenbock für steigende Fallzahlen herhalten muss, irritiert ihn und seine Kolleginnen und Kollegen ungemain. Gerade einmal 2,8 Prozent aller Ansteckungen würden in Gastrobetrieben erfolgen, glaubt er. Schlecht ergeht es auch seinen 13 Angestellten. Alder: «Aufgrund der Bestimmungen über die Kurzarbeitsentschädigung müssten sie ebenfalls herbe Einbussen in Kauf nehmen.»

«Nicht mehr gewährleistet»

Irene Capaul Zahnd und Roland Dick vom Speiserestaurant «Zollhaus» leiden ebenfalls stark unter der Situation. Ihr Betrieb lebe vom Abendgeschäft und dieses sei bereits wegen des 19-Uhr-Schliessbefehls zusammengebrochen. Für Dick ist klar: «Der Staat muss für den Schaden aufkommen – und zwar im Schnellzugstempo.» Bis jetzt habe man sich aus eigener Kraft helfen können. Das werde aber bald nicht mehr möglich sein. «Der Druck steigt weiter an.»

Draussen im Welschdörfli schenkt Johanna von Ott vor ihrer «Twelve-Bar» gratis Glühwein an Passanten aus. «Das ist besser als

weg leeren, ich kann ihn ohnehin nicht mehr verkaufen», meint sie. Rund um die Feuerschale sind aufmunternde Worte zu hören. Die Gastrounternehmerin weiss das zwar zu schätzen. Es hilft ihr aber nicht weiter.

Von Ott kann nicht abschätzen, wie lange sie ihren Betrieb mit fünf Angestellten noch über Wasser halten kann. «Die Krise dauert bald ein Jahr und ein Ende ist nicht in Sicht», stellt sie verbittert fest. Zahlungen müssten – sofern möglich – aufgeschoben werden. Und von wegen «unbürokratischer Hilfe»: Da sei für die zweite Welle bisher nichts angekommen. Die Verfahren seien extrem kompliziert, und man habe sie nach langem Hin und Her auf Mitte Januar vertröstet.

«Besser ganz stilllegen»

Auch in der Altstadt sieht es nicht besser aus. Zorica Dujo von der «Z-Bar» kann die «schwer verständlichen Massnahmen» nicht nachvollziehen: Es könne doch nicht sein, eine Bar bereits um 19 Uhr schliessen zu müssen. «Dann legen wir sie besser ganz still.» Auch bei ihr geht es wie bei allen anderen Unternehmerinnen und Unternehmern um die Existenz.

Den Beweis schuldig geblieben

von Dario Morandi
Redaktor



Die Covid-19-Fallzahlen verharrten auf hohem Niveau, und die Sterblichkeitsrate zeigt sich ebenso hoch. Losgelöst von dieser beunruhigenden Entwicklung muss aber doch eines festgehalten werden: Die Gastrobranche leidet immens. Mal durften die Wirtinnen und Wirte ihre Lokale wieder öffnen, mal nur noch bis 19 Uhr, und jetzt ist auf Geheiss des Bundesrates bis zum 22. Januar erneut Schluss mit lustig. Die teilweise ebenso widersprüchlichen wie konfuse Massnahmen der Damen und Herren Politiker zerran an den Nerven der Gastrounternehmer. Aber nicht nur das. Viele haben zurecht Existenzängste. Und man muss

sich schon fragen, wohin die Politik des Bundesrates und der Kantonsregierungen in Sachen Pandemiebekämpfung noch hinführen wird. Eines zeichnet sich jetzt schon ab: Angesichts der milliardenschweren Hilfen wird das in eine Schuldenwirtschaft der öffentlichen Hand münden. Ausserdem dürfte es eine branchenübergreifende Konkurswelle in der Privatwirtschaft geben. Auch viele der bisher finanziell gesunden Betriebe werden diese Strategie nicht überleben. Die Verantwortung dafür wird niemand übernehmen – wie meistens, wenn in der Politik etwas schiefgeht.

Bars und Beizen haben sich in Unkosten gestürzt, um die die be-

hördlich verordneten Sicherheitsvorschriften einhalten und durchsetzen zu können. Und jetzt bekommen sie den Dank für ihre Kooperation in Form eines erneuten Schliessungsbefehls aus dem Bundeshaus. Den Beweis, wonach Gasstätten tatsächlich «Virenschleudern» sind, bleibt die Politik der Öffentlichkeit allerdings noch immer schuldig. Hauptsache hektischer Aktivismus; ob damit Fallzahlen gesenkt werden können, bleibt fraglich. Was bleibt, ist ein volkswirtschaftlicher Schaden erster Güte.

@ Kontaktieren Sie unseren Autor:
dario.morandi@somedia.ch